

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

158 (10.7.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/4jährl. 3.30 M., Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezgl. 3.80 M.; durch die Post 1.24 M. bezgl. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezgl. 3.80 M., voranzuschlaben. **Ausgabe:** Verlag mittags. Geschäftszeit: 2/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. **Anzeigen:** Die Spalt. Anzeigen od. deren Raum 20 J. Platzangelegen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/29 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Rücktritt Kühlmanns.

W.B. Berlin, 9. Juli. Die zuverlässig verlautet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Kühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Kristiania, v. Hinzke genannt. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

* Jetzt ist den Alldeutschen und Konserbativen die Befestigung des verhöhen Staatssekretärs doch geglückt. So einfach sich die Sache anseht, kann der Rücktritt doch tiefgehende politische Folgen haben, obwohl der „Berl. Anzeiger“ schreibt, daß sich im Reichstage die Lage soweit geklärt habe, daß in Verbindung mit dem Rücktritt von Kühlmann und der erwarteten Ernennung des Admirals von Hinzke zu seinem Nachfolger von einer Krise kaum mehr gesprochen werden kann.

Auf die Treibereien der Alldeutschen gegen den Staatssekretär des Auswärtigen haben wir schon wiederholt hingewiesen. Herr v. Kühlmann ist denen um Tirpitz verhasst, weil er nicht einer von den Ihren ist. Die „Völkische“ Zeitung wurde sofort dazu benutzt, um zu einem Streich gegen den Mann auszuholen. Herr v. Kühlmann war auch, wie fast alle Diplomaten, ein entschiedener Gegner des von den Alldeutschen propagierten unbeschränkten U-Bootkrieges. Was die Sozialdemokraten im Winter 1916/17 laut jagten und was sich im Frühjahr 1918 bestätigt hat, das jagten damals schon alle Diplomaten leise: die Berechnungen über den U-Bootkrieg sind falsch, wir werden durch ihn nicht England in kurzer Zeit zum Frieden, aber desto sicherer Amerika zum Kriege zwingen. Herr v. Kühlmann soll sogar das Wort vom verdamnten U-Bootkrieg geprägt haben, eine Todtünde, die ihm der größte U-Bootfisch zu Lande, Graf Neventlow, niemals vergibt. Die dritte Behauptung gegen Kühlmann geht dahin, daß er ein Anhänger des Parlamentarismus sei und eine Fesslung jagt die die Absicht gehabt habe, mit der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 Ernst zu machen. Auch dies entspricht ungefähr den Tatsachen. Aber auch hier denkt oder dachte Herr v. Kühlmann nicht anders, als so ziemlich alle Diplomaten denken, die während des Krieges ins neutrale Ausland hinausgekommen sind. Herr v. Kühlmann sah in der Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung einen Vorgang, der der anständigen Politik des Reiches sehr nützlich werden könnte und förderte sie nach Kräften. Er hat mit unauffälliger Geschicklichkeit Hertling, Bayer und Friedberg den Weg ebnen helfen. Er hat damit sehr klug gehandelt, denn die Fortschrittler, von den ersten Leistungen seiner etwas blumigen Beredsamkeit enttäuscht, waren nahe daran, ihn selber als Reichskanzler auszurufen.

Herr v. Kühlmann ist also nach Auffassungen der Alldeutschen schon lange „hinreichend verdächtig“ und sie haben in der Zwischenzeit nicht gerubt, das Holz für seinen Scheiterhaufen zusammenzutragen, insbesondere bei der letzten Krise und seiner bekannten Verkündigungsrede im Reichstage, die er allerdings am zweiten Tage der Debatte schlemmte etwas abschwächte. Nun geht bei uns die Befestigung von Staatsmännern sehr schnell. Die Sache wird hintenrum vorbereitet, so auch in diesem Falle. Der Staatssekretär wird ins Hauptquartier befohlen und nach anderthalb Tagen ist er schon nicht mehr Staatssekretär. Regierung und Reichstag werden nicht umhin können, zu bekunden, wie sie zu der vom Staatssekretär vertretenen Verständigungspolitik stehen. Es kann nämlich keinen Zweifel unterliegen, daß im feindlichen Ausland der Rücktritt Kühlmanns so ausgelegt wird, daß Deutschland einen Frieden, wie ihn Kühlmann zeichnete, in Wirklichkeit nicht wollte. Das wird weiter kriegsverlängernd wirken.

Das deutsche Volk hat jedenfalls Anspruch darauf, die wirklichen Gründe des Rücktritts so schnell wie möglich zu erfahren. Wir wollen wissen, ob die Regierung nach wie vor auf dem Boden des Verständigungsfriedens steht oder den Krieg nach dem Programm derer um Tirpitz bis ins Unendliche weiterführen will. Je nachdem diese Erklärung ausfällt, wird sich die Sozialdemokratie über die weitere Bewilligung von Kriegskrediten schlüssig werden müssen.

Berlin, 9. Juli. (Veru-Tele.) Wie im Reichstage während der Beratungen der Kreditvorlage bekannt wird, hat der Staatssekretär von Kühlmann seinen Abschied erhalten. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Gesandte in Kristiania, Admiral von Hinzke, ernannt. Der Reichstag hat darauf sofort die Kreditvorlage an den Hauptauswärtigen zurückverwiesen, um dort die sich aus der Entlassung Kühlmanns ergebenden politischen Konsequenzen zu beraten. An eine Vertagung des Reichstages ist unter diesen Umständen zurzeit nicht zu denken.

Aus Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion verlautet, daß die Kriegskredite im Falle eines Wechsels im Staatssekretariat des Auswärtigen erst bewilligt werden sollen, wenn von der Reichsregierung eine unabweisende Erklärung über unsere Kriegsziele abgegeben worden ist.

Präsidenten.

Berlin, 9. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ und andere Blätter wollen wissen, daß Graf Hertling in einem Telegramm aus dem Großen Hauptquartier den Vizelanzler von Fahren

von der Absicht, Admiral von Hinzke an die Spitze des auswärtigen Amtes zu stellen, Mitteilung gemacht habe, mit dem Bemerkten, sein, Hertling, Verbleiben im Reichskanzleramt biete vollkommene Sicherheit dafür, daß der jetzige Kurs beibehalten wird. In einer Rücksprache mit Herrn von Hinzke habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß auch dieser die bisherige Politik vertreten werde.

Der „Vorwärts“ schreibt: Ein Reichskanzler, der gegenüber dem alldeutschen Gesandten noch selbständiger Ueberzeugung fähig ist, muß sich sagen, daß die Entlassung Kühlmanns unter den gegenwärtigen Umständen nach außen und nach innen geradezu verhängnisvoll wirken muß.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 9. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südlich des La Voisier-Kanals wurden mehrfach wiederholte Tealangriffe, auf dem Nordufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesem Abschnitt lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder größere Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Westlich von Aulhieuil (südwestlich von Mohon) haben sich heute früh nach heftigem Feuer örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Billers Cottoreis scheiterten Tealangriffe der Franzosen in unserem Kampfgebiete.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Billik errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrich seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.
Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 9. Juli, abends. (Amtlich.) Südwestlich von Mohon wurden französische Tealangriffe abgewiesen. Örtliche erfolgreiche Kämpfe westlich Chateau Thierry.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.
W.B. Wien, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

In der italienischen Front keine besonderen Ereignisse. In Albanien dauerte der Druck der über die Vojuja vordringenden feindlichen Kräfte nachhaltig an. Südwestlich von Berat kam es zu Gefechten.

Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die Franzosen am oberen Devoli Raumgewinn.

Der Chef des Generalstabs.
Neue Verifikationen.

W.B. Berlin, 8. Juli. Unsere U-Pole haben im Sperrgebiet von England 17000 M.R. feindlichen Handelsschiffsräume vernichtet. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hat das von Kapitänleutnant Rabenau (Reinhard) befehligte Boot, das an der Ostküste Englands sechs Dampfer zum größten Teil aus gesicherten Geleitzügen heraus vertrieb.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.
Kleine Kriegsnachrichten.

W.B. Straßburg, 9. Juli. Wie die „Straßburger Post“ erfährt, werden am Montag den 15. ds. Mts., vormittags 9 Uhr 300 von den Franzosen beschleppten Elsäz-Bohrer in Singen eintreffen. Bekanntlich war die Freilassung sämtlicher Geiseln zunächst verzögert worden. Abgemachten Verhandlungen ist es nun gelungen, die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen.

W.B. Rom, 8. Juli. Agenzia Stefani. Heute vormittag begann vor dem Militärgerichtshof die Verhandlung gegen den Kadaverleichen Georgio Carpi und die Matrosen Achille Mojchini, Guglielmo Martolini und Marie Ajzoni, die des Einverständnisses mit dem Feinde und des Verrates beschuldigt sind. Sie sollen am 27. September 1918 das Panzergeschiff „Beneditto Brin“ in die Luft gesprengt haben, indem sie eine Glimmermaschine aufstellten.

W.B. Amsterdam, 8. Juli. (Nicht amtlich.) Allgemeines Handelsblatt meldet, daß das holländische Fischereifahrzeug „N. C. 38“ heute früh 10 Meilen von Scheveningen von vier deutschen Flugzeugen, die Bomben auf das Schiff abwarfen, angegriffen wurde. Die Besatzung verließ das Schiff. Nachdem die Flugzeuge verschwunden waren, ging die Besatzung wieder an Bord, worauf das Schiff ohne Schaden erlitten zu haben, in den Neuen Waterweg einfuhr.

W.B. London, 8. Juli. (Nicht amtlich.) Im Unterhaus jagte der Schatzsekretär der Admiralität Mac Namara auf eine Anfrage, daß den Kriegführenden durch die Haager Konvention verliehene Recht, Hospitaltschiffe zu durchsuchen, um sich davon zu überzeugen, daß sie den Bedingungen des internationalen Abkommens entsprechen, ist von deutschen Unter-

seebooten bei verschiedenen Gelegenheiten ausgeübt worden. In keinem Falle hat unser Land jemals das Haager Abkommen über Hospitaltschiffe dem Buchstaben nach oder dem Geist nach gebrochen und dasselbe gilt auch von unseren Verbündeten.

Die Lage in Rußland.

W.B. Wien, 9. Juli. (Nicht amtlich.) Zu der Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach sind noch folgende Meldungen eingetroffen: Nach der Flucht der Mörder in das Gebäude, in dem der in Moskau tagende Kongreß der linken Sozialrevolutionäre untergebracht worden ist, entspannen sich im Laufe der Nacht lebhafteste Straßenkämpfe, bei denen erwiesenermaßen englische Agitatoren tätig waren. Die Sowjettruppen hatten aber dank ihres sofortigen scharfen Zusammenrückens die Ordnung rasch wiederhergestellt. Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongreß heraus verhaftet, ob die Mörder auch dort gefaßt sind, ist nicht bekannt.

Gegen Abend des 7. Juli war in Moskau ziemlich Ruhe eingetreten. Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur noch planloses zeitweiliges Gewehrfeuer. Die russische Regierung läßt in Flugblättern eine Erklärung verbreiten, in der sie die restlose Unterdrückung der ganzen Bewegung in Aussicht stellt und für den Fall der Wiederkehr des Sozialrevolutionäre die ganze Verantwortung überläßt.

W.B. Moskau, 8. Juli. (Nicht amtlich.) Die Presse veröffentlicht einen Aufruf der Regierung, der wie folgt beginnt: Gehehen hat die Allrussische Versammlung der Sowjet mit erheblicher Stimmenmehrheit die äußere und innere Politik der Sowjet der Volkskommunisten gebilligt. Die sogenannten linken Sozialrevolutionäre, die in den letzten Wochen geschlossen in das Lager der rechten Sozialrevolutionäre übergegangen sind, hatten beschlossen, die allrussische Versammlung aufzulösen. Sie ver suchten der Ratrepublik entgegenzuwirken. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Bauern sollte in einen Krieg hineingetrieben werden. In Verfolgung dieses Zieles wurde gestern 3 Uhr nachmittags der deutsche Gesandte von einem Mitglied der Partei der linken Sozialrevolutionäre ermordet, gleichzeitig ver suchten diese, den geplanten Aufstand zur Ausführung zu bringen. Nach Darstellung der Umwälzungen schließt der Aufruf: Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe der nächsten Stunden der Aufstand der linken Sozialrevolutionäre der Agenten der russischen Bourgeoisie und des englisch-französischen Imperialismus unterdrückt sein wird. Welche weitere Folgen dieses sinnlose und schmachvolle Verbrechen für die internationale Lage der Ratrepublik haben wird, kann augenblicklich unmöglich vorausgesehen werden, aber wenn unser reichstes und blühendstes Land von neuem in einen Krieg gestürzt wird, so fällt die Schuld davon einzig und allein auf die Partei der linken Sozialrevolutionäre als Umstürzler und Verräter. Mächten in diesem kritischen Augenblick alle Arbeiter und Bauern der Sachlage voll und ganz Rechnung tragen, und sich wie ein Mann um die allrussische Versammlung der Arbeiter- und Bauerndelegierten scharf.

W.B. Moskau, 7. Juli. Die Presse meldet: Bei Schran wurden die Tschcho-Slavaten 50 Kilometer zurückgeworfen, ebenso auf der Front Penja-Schran um 20 Kilometer.

Die allrussische Versammlung der Sowjets wurde am 5. Juli eröffnet. Es waren über 800 Abgeordnete anwesend, davon 450 Bolschewiki und 300 linke Sozialrevolutionäre. Trotzki hat die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit einer großen starken Armee eröffnet und betont, daß man im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht stehe. In Petersburg wurde die Kriegszensur eingeführt.

In Dagestan bei Nardamir wird zwischen den Kätetruppen und Armeniern einerseits und den Tartaren andererseits heftig gekämpft. Die Kätetruppen gehen siegreich vor. Ein Kofalenangriff wurde abgewiesen. Eine tschechische Abteilung bei Schadrinsk wurde zum Rückzuge auf die Stadt gezwungen. Die Besetzung von Slatust, Nijas und Verbjeusch durch die Tschechen ist bestätigt. In Simbirsk erfolgten Massenverhaftungen von Gegenrevolutionären, hauptsächlich Offizieren und Studenten.

Auf der Station Simonowo der Moskauer Bahn wurden durch einen großen Brand Lebensmittel, Baumwolle und Petroleum im Werte von über 10 Millionen Rubel vernichtet.

Amsterdam, 9. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) „Times“ erfährt aus Tokio: Oberst Wladimir Herbein vom tschechischen Nationalrat ist nach Amerika abgereist. Ueber die Ereignisse in Madivostok teilte er noch mit, daß das militärische Zentrum der Bolschewisten in einem von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen besetzten und besetzten Haus sei. Am 29. Juni griffen die Tschechen dieses Haus mit Handgranaten an, dabei wurden 29 Tschechen getötet.

Sür eine Offensive der Wahrheit.

In der Sitzung des Reichstages vom Mittwoch, 3. Juli, hielt Genosse Scheidemann eine sehr eindringliche und wirksame Rede, die von dem Vizekanzler v. Bayer und den bürgerlichen Parteien — natürlich auch von der bürgerlichen Presse — sehr unangenehm empfunden wurde. Umso mehr sind die Ausführungen aber der Zustimmung der Arbeiterklasse gewiß. Wir lassen die Rede hier folgen:

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich muß einige Bemerkungen vorwegnehmen, bevor ich zur Besprechung der politischen Lage in anderem Zusammenhang komme, zunächst ein Wort über den rumänischen Friedensvertrag. Gegen manche Bestimmungen des Vertrages haben meine Freunde große Bedenken. Es kommen da — um nur das wichtigste hervorzuheben — vor allem in Betracht die unbefriedigende Lösung der Dobruđa-Frage, und die sonstigen Gebietsabtretungen, die ohne jedes Befragen der Bewohner erfolgen sollen. Auch andere Bestimmungen, so die Lösung der Frage der sogenannten Fremdstämmigen und mancherlei Abmachungen wirtschaftlicher Art befriedigen uns nicht. Immerhin beendet der Vertrag den Kriegszustand zwischen Rumänien und den Mittelmächten. Einer meiner Freunde wird nachher darauf noch des näheren zurückkommen.

Mein Freund Gled, der Vertreter Mannheims, hat im März dieses Jahres hier die Anfrage gestellt, ob es der Regierung bekannt sei, daß in der französischen Deputiertenkammer und im Pariser Gemeinderat sich ernsthafte Stimmen für eine Verständigung der kriegführenden Parteien über die

Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte

auf der Kriegszone erhoben haben, und welche Stellung die Reichsregierung in dieser Angelegenheit einnehme. Darauf wurde erwidert, daß die gegnerischen Regierungen noch keinen Antrag gestellt hätten, und daß die militärischen Stellen mit seiner Prüfung befaßt würden, sobald er vorläge. Das ist eine außerordentlich unbefriedigende Auskunft. Es gibt kaum etwas Abscheulicheres in diesem an Abscheulichkeiten so reichen Kriege als die Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb des Kriegsgebietes. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Die Zerstörung wichtiger Stätten der Munitionserzeugung, der Verwaltung oder des Eisenbahnverkehrs ist den feindlichen Fliegern bisher noch nicht gelungen; keinesfalls haben sie erhebliche Störungen hervorrufen können. Ob deutsche Flieger in den Feindesländern größeren Schaden angerichtet haben, der die Kriegführung gegen uns wesentlich beeinträchtigt hat, weiß ich nicht. Aber das weiß ich mit Bestimmtheit, daß durch die Fliegerangriffe in Feindesland sowohl wie bei uns schon hunderte unschuldiger Frauen, Mädchen und Kinder getötet und verkrüppelt worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Ich erinnere an die vielen Kinder, die z. B. in Karlsruhe bei frühlichem Spiel getötet und verkrüppelt worden sind. Ich bin in den letzten Tagen in Mannheim gewesen, als wieder eine Anzahl junger Mädchen auf diese Weise getötet wurde. Gegenwärtig erheblicher Schaden ist nicht angerichtet worden. Was für einen Sinn soll das dieses grausame Frauen- und Kindermorden haben? Die Engländer haben, wie mir berichtet worden ist, mit den Leichen getöteter Frauen und Kinder die Kriegsstimmung zu beleben versucht, indem sie die Leichen der Getöteten öffentlich aufgebahrt haben. Bei uns wird die Verichterstattung über die unschuldigen Opfer feindlicher Fliegerangriffe meist vollständig unterdrückt. Ist jeder Krieg an sich eine Barbarei, so ist das Bombenwerfen auf offene Städte weit hinter der Front eine Abscheulichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Ich bin darauf gefaßt, daß man mir sagen wird: England habe damit begonnen, den Krieg gegen Frauen und Kinder zu führen, indem es die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich zu machen suchte. Das ist richtig, und ein Wort der Entschuldigung gibt es auch jetzt nicht für diese Art der Kriegführung. Aber es ist immer noch ein Unterschied zwischen dem Versuch, ein ganzes Volk auszuhungern, und es dadurch zur Beendigung des Krieges zu zwingen, und dem sinnlosen Bombenwerfen auf vereinzelte Plätze. Warum wird in dieser Frage die Initiative der anderen Seite zugesprochen? Wenn es möglich ist, zu einer Verständigung über den Gedankenaustrausch zu kommen, warum sollte es denn nicht möglich sein, eine Verständigung auch über das Einstellen sinnloser Angriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone herbeizuführen? Ich fordere die Reichsregierung auf, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Wenn wir einmal moralische Eroberungen machen, so kann uns das gewiß nicht schaden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun meiner eigentlichen Aufgabe zu. Es ist unmöglich, in eine Generaldebatte über unsere äußere und innere Politik einzutreten, ohne noch einmal auf die Auseinandersetzungen zurückzukommen, die durch die

Rede des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann

am Montag voriger Woche verurteilt worden sind. Denn diese Auseinandersetzungen haben die öffentliche Meinung aufs tiefste erregt. Sie haben gezeigt, wie unüberwindlich tief die Meinungsverschiedenheiten über Wesen, Ziele und Möglichkeiten dieses Krieges sind, und sie haben abermals auf die Verteilung der Machtverhältnisse bei uns im Lande über alle täuschenden Kulissen hinweg ein grelles Licht geworfen. Die Rede des Staatssekretärs hat gewaltiges Aufsehen gemacht, — nicht etwa, weil sie durch das plötzliche Hervortreten einer bisher unbekanntem Wahrheit frappiert hätte, sondern weil sie eine längst bekannte und viel umämpfte Meinung der Regierung zu programmatischem Ausdruck zu bringen schien. Es ist das die Meinung, die — Sie wissen es — seit Kriegsbeginn von der Sozialdemokratie vertreten worden ist und die von allen geteilt wird, welche sich in diesen Kriegswirren einen politisch klaren Kopf bewahrt haben. Es handelt sich nicht um eine Frage der Grundzüge, sondern der Tatsachen. Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen diese nun leicht oder schwer ausführbar, mit kleinen oder großen Opfern erreichbar dem erwerbenden Volk fürs erste nützlich oder schädlich sein. Wir wären also mit unserer Parole: Keine Annexionen, sondern Verständigung! auch dann hervorgetreten, ja wir wären mit ihr erst recht dann hervorgetreten, wenn wir von vornherein nur nach einer Seite Krieg zu führen gehabt, wenn wir nur gegen einen viel schwächeren Gegner gekämpft und um einen viel leichteren Sieg gekämpft hätten. Unterdrückung wirkt um so aufreizender, je größer der Machtunterschied zwischen den Unterdrückten und dem Unterdrückten ist, und stets werden wir Sozialdemokraten dem Lebermut der Lebermächtigen entgegenzutreten, in der inneren wie der äußeren Politik. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber um diese Grundzüge handelt es sich hier gar nicht, sondern um die weitreichende Uebereinstimmung, die in der Beurteilung der Tatsachen bei grundsätzlichen Gegnern jeder Eroberungspolitik und bei den Politikern herrscht, die theoretisch durchaus anders denken; darüber nämlich, daß dieser Krieg von Deutschland nicht als Eroberungskrieg geführt werden darf, wenn er nicht zum Untergang des deutschen Volkes und vielleicht ganz Europas führen soll. Ausschlaggebend für dieses Urteil ist die Einschätzung der auf beiden Seiten wirkenden materiellen und moralischen Kräfte, die zwar bei richtiger Ausnutzung unserer Kraft dem Deutschen Reich gegenüber den ungeheuersten Anfechtungen seinen unermüdeten Fortbestand gewährleisten, auf der anderen Seite aber

das Streben nach einer deutschen Vormachtstellung in der Welt als ein aussichtsloses Beginnen

erschämen lassen. (Lebh. Zustimmung.) Ich will in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, ob das Streben nach einer deutschen Weltbeherrschung unter irgendwelchen Umständen der Interessen des deutschen Volkes wie der übrigen Menschheit hätte entsprechen können. Ich behandle hier nur die rein praktische Seite dieser Frage, und da kann ich wohl sagen, daß keine Politik zur Begründung einer deutschen Weltbeherrschung schlechter dienen konnte als die, die in den letzten 30 Jahren getrieben worden ist. Eine Politik, die auf die Errichtung einer deutschen Weltbeherrschung ausgegangen wäre, hätte zweierlei tun müssen: sie hätte sich ihren jeweiligen politischen Gegner sorgfältig aussuchen müssen, um ihn diplomatisch zu isolieren und dann zu schlagen und sie hätte der Sache des Deutschtums in der ganzen Welt Sympathien erwerben müssen, so daß die Völker oder doch wesentliche Teile von ihnen, in dem Machtfortschritt Deutschlands eine Förderung ihrer eigenen Interessen erblickt hätten. Ich stelle das fest, ohne damit sagen zu wollen, daß eine solche Politik des Weltbeherrschungsstrebens in ihren Zielen unseren Beifall und unsere Förderung gefunden hätte. Genug, diese Politik ist nicht getrieben worden. Wir sind vielmehr in diesem größten aller Kriege ohne jedes Ziel — ich finde keinen anderen Ausdruck dafür — hineingetauscht. (Sehr wahr!) Von Feinden einzumstellt, von wütendem Haß der ganzen Welt umgeben, konnte Deutschland gar keine andere Politik treiben als die: aus seinen Menschenleibern feste Dämme aufzurichten, an denen sich der Ansturm der Leidenschaften der Feinde brach, bis er wieder verlief. Seine Kriegszielepolitik aber mußte gar nicht aus Gründen des Prinzips, sondern schon allein aus

rein praktischen Erwägungen im wesentlichen auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet sein, womit natürlich nicht gesagt ist, daß nicht im Laufe des Krieges Nachbesserungen eintreten konnten, wie z. B. die durch die russische Revolution vorgegebene. Deutschland mußte aber sich hüten, als gewaltfamer Imperialist der bestehenden Weltordnung zum eigenen machtpolitischen Vorteil zu erscheinen, weil es dadurch die feindliche Machtkoalition immer aufs neue befestigen, die moralische Widerstandskraft erhöhen, ja auch die schon zum Frieden gebracht Völker zu immer neuen Versuchen der Gegenwehr aufzuspüren mußte. Deutschland mußte also

einen nationalen Verteidigungskrieg

führen, den es sofort zu beenden bereit war, sobald sein Bestehen von den Feinden nicht mehr bestritten und angegriffen wurde. Dieser Auffassung in der deutschen amtlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, dafür hat die deutsche Sozialdemokratie nun seit bald vier Jahren gekämpft. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Und es hat während des Krieges keine Regierung in Deutschland gegeben, die diese unsere Auffassung nicht nahezu restlos geteilt hätte. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Das auszusprechen, ist keine Indiskretion — die Tatsachen sind zu bekannt. Und darum hat uns die Kühlmannsche Rede gar nicht überrascht. Wir haben aus ihr nur herausgehört, was wir seit Kriegsbeginn immer wieder vorgelesen und wofür wir immer, abgesehen von den lärmenden Protesten der Altheutschen und Vaterlandsparteiler, Zustimmung gefunden haben. Ich schlage Ihnen vor, sämtliche Herren, die mit der auswärtigen Politik amtlich befaßt sind oder waren — Reichskanzler, Staatssekretäre, Vizekanzler und sonstige Diplomaten — zu einer vertraulichen Aussprache über die Rede des Herrn von Kühlmann am vorletzten Montag einzuladen — ich glaube nicht, daß auch nur ein einziger unter ihnen sein wird, der den Ausführungen des Staatssekretärs widersprechen wird. Mancher wird vielleicht aufstehen und erklären, diese Rede sei ein großer Fehler gewesen — so etwas denke man wohl, aber man sage es nicht! (Geisterheil.) Diese Auffassung, der man ja auch im Privatgespräch vielfach begegnet, müssen wir mit der größten Entschiedenheit bekämpfen.

Herr von Kühlmann hat das gesprochen, was wir alle denken! (Lebh. Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Und dadurch wäre seine Rede zur politischen Tat geworden, wenn ihr nicht schon am Tage darauf die zweite Rede gefolgt wäre. Zur Entschuldigendung des Staatssekretärs kann ich wiederholen, daß er seine erste Rede nicht widerrufen hat, er hat aber — der Ton macht die Musik — gerade genug getan, um ihre Bedeutung erheblich abzuschwächen und hat dadurch den Augen, den er beinahe hätte schließen können, wieder geöffnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann sich leicht vorstellen, welchem

Trommelfeuer telephonischer und mündlicher Vorwürfe und Beschuldigungen

der Staatssekretär ausgesetzt gewesen sein mag, als er sein aufdringliches Wort gesprochen hatte. Vielleicht gibt er selbst Auskunft darüber, in wie viel Variationen er damals das ewig unbergängliche Wort der Staatsborniertheit gehört haben mag: Sie haben ja ganz recht, mein Herr, aber so etwas darf man doch um Gottes willen nicht sagen. Das gehört ja nicht zu den veredelnden Wirkungen des Krieges, daß durch ihn eine Atmosphäre der öffentlichen Verlogenheit hergestell wird, in der jedes wahre Wort als gefährlich gilt. Befreien wir uns doch von diesem Aberglauben, machen wir doch dem Lügenstrome ein Ende! (Sehr gut! links.) Wir können es! Es hat gar keine Gefahr, wenn wir so laut und so oft als möglich auszusprechen: Wir sind zwar willens und imstande, uns gegen eine ganze Welt zu behaupten, wir werden aber niemals durch militärische Mittel in den Stand gesetzt werden, der Welt unseren Willen aufzuzwingen. Diese Erkenntnis immer wieder auszusprechen und in ihren Konsequenzen auf unsere Politik folgerichtig anzuwenden, ist das einzige Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit wirklich zu beenden. Der größte militärische Erfolg, selbst wenn er diesen Krieg zu einem vorläufigen Abschluß brächte, könnte uns für sich allein nur einen Waffenstillstand bringen, aber den Frieden nicht, der uns die Möglichkeit gäbe, uns von dem grauenvollen Leiden dieses Krieges wieder zu erholen. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Es ist so viel von einer Friedensoffensive gesprochen worden. Ich rate, es einmal mit einer Offensive zu versuchen, die bisher nicht versucht worden ist, mit einer

Offensive der Wahrheit.

(Sehr gut! links.) Das scheint mir die Offensive zu sein, zu der der Mut am meisten fehlt. Wir werden eher wieder ein halbes oder ein Drittel Friedensangebot bekommen, als eine Politik der

Tarab Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

Es wäre zwecklos, all die Schlachten, in denen sich die Kosaken auszeichneten, oder den ganzen Verlauf dieses Feldzuges zu beschreiben, all dieses ist in den Büchern der Geschichte aufgezeichnet. Man weiß, wie man in russischen Landen einen Krieg für den Glauben führt: es gibt keine fürchterlichere Kraft als den Glauben. Er ist unüberwindlich schwerlich wie ein Felsen, der nicht von Menschenhand geschaffen ist und der von dem wilden ewig wechselnden Meere umbraust wird; aus der tiefsten Tiefe des Meeresgrundes erhebt er seine unerlöschlichen, aus einem einzigen Stücke geschaffenen Mauern bis in den Himmel empor. Er ist von allen Seiten sichtbar und blickt aufrecht auf die vorbeiziehenden Wogen herab. Und wehe dem Schiff, das zu ihm hingetrieben wird. Seine kraftlosen Masten und Segel reifen in Stücke. Mann und Maus geht unter, und das Sammergeheul der Ertrinkenden erfüllt ringsum die Luft.

Es ist in den Chroniken ausführlich beschrieben, wie die polnischen Besatzungen aus den erschrockenen Städten flohen, wie die gewissenlosen jüdischen Rächer, einer nach dem anderen, aufgeknipt wurden, wie wehlos der königliche Hetman Nikolaus Potozki mit seinem großen Heere dieser unüberwindlichen Macht gegenüberstand, wie er geschlagen und verlorf wurde und wie er die bessere Hälfte seines Heeres in einem kleinen Flüßchen untergehen ließ; wie die fürchterlichen Kosakenhorden ihn in das Städtchen Polomo einschlossen, und wie der bis zum äußersten getriebene polnische Hetman ihnen mit einem feierlichen Eid im Namen des Königs und aller Magnaten vollständige Gernugtuung und die Wiederherstellung aller früheren Rechte und Privilegien versprach. Aber die Kosaken waren nicht geneigt, sich damit zu begnügen; wählten sie doch, wähl einen Wert ein polnischer Eid hatte. Und Potozki hätte nicht mehr auf seinem schmuck-

fen Kenner, der wohl sechstausend Gulden wert war, die Blide der Edelmannen und den Neid des Adels auf sich lenken, nicht mehr im Reichstag lärmern und keine glänzenden Gastmähler zu Ehren der Senatoren geben können, wenn ihn die russische Geistlichkeit, die sich im Städtchen befand, nicht gerettet hätte. Als nämlich alle Polen in ihren glänzenden, goldgestickten Mehrgewändern, mit Seilgenbildern und Kreuzen in den Händen und allen voran der Erzbischof mit Kreuz und Mitra ihnen entgegenkamen, da senkten die Kosaken ihre Häupter und nahmen die Mützen ab. In jenem Augenblick hätten sie wohl niemandem Achtung erwieisen, selbst dem König nicht — aber gegen ihre Kirche erdreisieten sie sich nicht, sich aufzulehnen, und daher begrüßten sie ihre Geistlichkeit ehrfürchtig. Der Hetman wie die Hauptleute erklärten sich bereit, Potozki freizugeben, doch ließen sie ihn vorher einen Schwur leisten, daß er alle christlichen Kirchen in Ruhe lassen, der alten Feindschaft entgagen und dem Kosakenstum keinen Schimpf und Schaden mehr zufügen werde. Nur einer der Hauptleute wollte diesen Friedensschluß nicht mitmachen; dieser eine war Tarab. Er riß sich ein Büschel Haare aus und rief:

„He, du Hetman und ihr Hauptleute! macht doch keine solchen Weibergeschäfte! Traut den Polen nicht: sie werden euch ja doch verraten!“ Und als der Heerführer den Vertrag vorlegte, und der Hetman ihn mit seiner mächtigen Faust unterzeichnete, da zog Tarab seine herrliche Klinge, den kostbaren türkischen Säbel von feinstem Stahl, zerbrach ihn in zwei Stücke wie einen Stab, warf sie weit weg, nach verschiedenen Richtungen und rief: „So lebt denn wohl! So wenig wie diese beiden Enden sich je zu einem Säbel vereinigen werden, werden auch wir uns in dieser Welt noch einmal wiedersehen, Kameraden! Seid meiner Abschiedsworte eingedenk!“ (Hier wurde seine Stimme lauter, sie erhob sich gewaltig, und eine ungewohnte Macht ging von ihr aus, so daß alle über diese prophetischen Worte in Betzürung gerieten.) „In eurer Todesstunde werdet ihr meiner gedenken! Ihr könnt, doch ihr euch nun Ruhe und Frieden

erkaufte habt, ihr glaubt, daß ihr jetzt wie die Herren leben werdet? Das kann ein rechtes Herrenleben werden! Die Haut wird man dir vom Kopfe ziehen, Hetman, man wird sie mit Buchweizenpreu austopfen und sie auf allen Märkten herumherschleppen und ausstellen! Und auch ihr, werke Herren, werdet eure Köpfe nicht behalten! In seuchten Stillern, zwischen steinernen Mauern eingepfercht, werdet ihr elend verreden — wenn man euch nicht etwa lebendig röstet wie Hammel in glühenden Kesseln.“

„Doch ihr, Kameraden,“ fuhr er fort, indem er sich auf seine Leute wandte, „wer von euch will einen Tod sterben, wie er ihn selbst wünscht, — nicht hinter dem Ofen und an der Seite seines Weibes, nicht trunken hinterm Jaun neben irgend einer Schenke, wie ein stinkendes Aas, — sondern einen ehrlichen Kosakentod, zusammen mit allen, auf einem Lager, wie Braut und Bräutigam? Oder wollt ihr vielleicht nach Hause zurückkehren, euren Glauben abschwören und die polnischen Priester auf eurem Rücken abschleppen.“

„Führe du uns, Hauptmann, führe uns, Herr, riefen alle die zu seiner Abteilung gehörten, und noch viele andere schlossen sich ihnen an.

„Nun also denn, vorwärts,“ rief Tarab, drückte seine Mütze noch höher in die Stirn, warf den Zurickbleibenden einen verächtlichen Blick zu, richtete sich auf seinem Rosse hoch auf und rief den Seinen zu: „Niemand wage es, uns zu beschimpfen! Auf, Freunde, jetzt wollen wir diesen Katholiken einmal einen Besuch abstatten!“ Damit gab er seinem Pferd einen Schlag und stürmte davon, und ein ganzer Zug von hundert Wagen, dem sich viele Kosaken zu Fuß und zu Pferde angeschlossen, folgte ihm. Tarab wandte sich um und warf den Zurickbleibenden noch einen drohenden Blick zu — seine Augen leuchteten vor Zorn. Niemand mochte es, sie zurückzuhalten. Die Abteilung zog angeführts des ganzen Heeres ab, und noch vielmale drehte sich Tarab nach ihnen um und bligte sie zornig an.

(Fortsetzung folgt.)

bedingten Wahr-
nehmen vor den
Mann in die
Kartei sagt, daß
der Welt ein
alleinst Paris
erhalten, v. Reich
um Friedens-
ein militärische
lein erringen,
schen. Dem dür-
en Weg stellen,
über! links.) Si-
ber sie nicht allzu-
ere militärischen
heit zu trüben.
ausprüfliche
konflikte hervor-
es sich persönlich
ihre hier s-
werden, lasse ich
gefallen lassen (a-
stimmung.) Es ist
moralisch
über das der Pre-
sterrere wütend
sich, die wir
zustand. (Sehr
teilen entgegen,
Denn der Verfall
der militärische
parlamentarischen
der Regierung in
in hundert Schlo-
den ganzen Ernst-
klar zu sein. D-
könnte, unter B-
eine bessere Zeit
widerstehlichen E-
nisse zerplitterter
haft, daß sich die
Stelle, daß sie il-
ihre Absichten
für das nicht gef-
re, die auf ihr
zelleitung auf de-
Die Vorgän-
strefe, sind ein
Volk füllt sich i-
schaft. Es ist
lagerungsstufend
Wochen, von den
kommen werden
behandelt — er-
Ettwa
Dieses Zusamm-
Abgeordnetenhaus
Fehler der Regi-
nicht darüber, in
Erhellung, nicht
in den breiten A-
landes und der
mung, die sich in
Ehren selbstverste-
denheit — So-
Schluß, (Sehrst-
heit und ist ge-
einstimmig.
Krieg möglichst r-
Träger dieses R-
Belagiers R-
und alles tut, w-
ohne Deutschland
tung, die solche
wie freudig unter
jahren noch im-
kommt, können v-
die Volksbedürfn-
lein. Das ist in
ernste Mahnung
Millionen. (Sel-

In Erwid-
und der Abgeor-
nachmals das

Vizekanzler
Rede, die ich
angehängen hat
Zug habe gegen
deren Begründ-
denn die Auff-
immer im ganz-
recht, obwohl die
Wer befreit ist
sein Gegenteil?
kommen, nachde-
gelegt hatte, da-
die Erfen, nach
erlauben will, d-
uns erzählt, die
Alles dies
(Sehr wahr! b-
Kühlmann-Rede
verbolen, aus
läßt allein m-
wie ich sie ject-
v. Bayer hat ge-
hört. Das hab
Rede ausdrückl-
auch überzeugt,
besten daran g-

entlichen auf die... natürlich nicht... Revolution voll... machtpolitische... er... Deutschland...

sein Bestehen... zum Durch... Demokratie nun... in Deutschland... zu... nicht übertraf... Kriegsbeginn... abgesehen von... vor, sämtliche... erfüllt sind oder... und sonstige... über die Rede... einigulaben... men sein wird... sprechen wird... se Rede sei... wohl, aber man... man ja auch... der größten...

alle denken!... dadurch wäre... nicht schon am... Entschuldigun... eine erste Rede... die Musik... abzuschließen... können, (raten.) Man... wüßte und... er sein auf... Auskunft... unbergäng... Sie haben ja... um Gottes... bedenklichen Wir... öffentlichen... als gefähr... machen... links.) Wir... und so oft... imstande, uns... aber niemals... werden, der... nismus immer... unsere Poli... diesen Krieg in... stützliche Erg... an Abschluß... illstand Brin... able, uns von... (Sehr er Friedens... einer Offen... mit einer...

sein, zu der... ein halbes... Politik der... erren leben... den! Die... man wird... allen Mär... ihr, wer... in feuchten... werdet ihr... endig röstet...

er sich au... od sterben... und an... kann neben... sondern... auf einem... er vielleicht... en und die... riefen alle... ele andere... lichte seine... kleibender... Kasse hoch... s, uns zu... en Katho... er seinem... nger Zug... h und zu... um und... lid zu... te es, sie... s ganzen... nach ihm...

diene. Aber ich mußte eben meine Ueberzeugung aussprechen, daß sie nach unserer Auffassung dem Lande besser dienen, wenn sie der Obersten Heeresleitung gegenüber energischer aufträten, als dies bisher seitens der Regierung geschah. Ich habe von dem, was ich in meiner Rede gesagt habe, nicht einen Satz, nicht ein Wort zurückzunehmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdem.)

Graf Westarp hat sich einige mir unverständliche Scherze geleistet. Er hat gemeint, als Minderheit können wir uns die Demonstration der Statablehnung leisten, aber als Mehrheit brächten wir dadurch das Reich in große Gefahr. Aber wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir den Etat so gestalten, daß er uns gefällt, und solche Zustände schaffen, daß gar kein Gedanke an seine Ablehnung sein könnte. (Sehr wahr! links.) Auch meine Aeußerung über die Fliegerangriffe hat Graf Westarp entstellt. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß es für die verbrecherische Auslieferungspolitik Englands gar kein Wort der Entschuldigun gibt, aber darüber hinaus ist das Bombenwerfen noch völlig sinnlos. Graf Westarp hat bestritten, daß die Arbeiter das Gefühl der Not und Knechtschaft hätten. Er selber hat das Gefühl sicher nicht. (Geister!.) Wohl aber die Millionen Arbeiter, die nicht wissen, wozu sie morgen leben sollen, keine Verarmungsfreiheit haben und aus der Presse nicht die Wahrheit erfahren dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Auch Graf Westarp bekennt sich zum Verteidigungskrieg. Aber wer Longob und Bries und die flandrische Küste haben will, muß eben erobern. (Sehr wahr bei den Sozialdem.) Und wir wollen Klarheit, ob die Regierung mit der Vaterlandspartei geht oder gegen sie.

Herr Dr. Thoma hat sich gegen die Offensive der Wahrheit gewendet. Was will denn mit der Wahrheit erreicht? Was haben wir denn mit dem Gegenteil erreicht? Vier Jahre Krieg und noch keine Aussicht auf ein Ende. Und wenn wir nicht unsere Friedenspropaganda betrieben hätten, wäre es noch viel schlimmer. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wir sollen früher einem Zusammenarbeiten mit der Obersten Heeresleitung auch nicht abgeneigt gewesen sein. Ich stelle fest, daß wir zur Zeit der Debatte über die Friedensresolution einmal von ihr zu einer Rücksprache gebeten wurden und höflich, wie wir von Hause aus sind (Geister!), dieser Einladung nachgegeben sind. Ich sehe durchaus nichts Verwerfliches oder Verbrecherisches darin, daß Heeresleitung und Reichsleitung Hand in Hand arbeiten. Nur darf nicht nur der eine Teil bloß diffieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wir wollen nicht zwischen Heeresleitung und Reichsleitung einen Keil treiben. Wir wollen im Gegenteil gesunde Zustände herbeiführen und das Vertrauen zur Zivilregierung stärken. Die den Keil treiben wollen, das sind die Leute, die im Hotel Adlon zusammengekommen sind. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Wir geben uns fortwährend die größte Mühe, festzustellen, wo die Regierung steht. Nichts würde uns größere Freude machen, als wenn sie jetzt offen sagte: Entweder: Wir stehen zu den Abolitionen, oder: Wir stehen zu denen, die die Friedensresolution des 19. Juli gemacht haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kurze Anfragen. Die neuen Steuern.

Berlin, 9. Juli.
Am Bundesratsitz: von Bayer, Graf Rüdern, Wallraf, Freyher von Stein, Schiffer.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11.25 Uhr.
Abg. Grüber (Zent.) schlägt vor, eine Mittagspause vorzunehmen.
Präsident Fehrenbach schlägt eine Pause von 1 bis 3 1/2 Uhr vor. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Auf die Anfrage des Abg. Dr. Frenth (Dsch. Frakt.) wie der Herr Reichskanzler die schwere Unbilligkeit gegen die Hausbesitzer durch die von den Stellvert. Generalkommandos des I., II. und VII. A. N. ergangenen Mietskündigungs- und Mietssteigerungsverbote zu verhindern gedenke, erwidert
General von Wrisberg: Diese Verordnung erfolgte auf Antrag und in Einverständnis mit den Zivilbehörden, um einer durch Massenkündigung und Mietssteigerungen bis zu 45 Prozent entstandenen Wohnungsnot und der daraus folgenden schweren Verunsicherung der Bevölkerung im Interesse der Seiderei des Reiches so schnell als möglich abzuhelfen. Die Mietsbefehlsgeber sind zweifellos auf Grund des Belagerungsgesetzes zum Erlass derartiger Verordnungen berechtigt.
Eine Anfrage des Abg. Brodhafen (Konj.) betr. Lieferung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit Stiefeln und Schuhen beim Eintritt kälterer Witterung beantwortet
Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller dahin, daß bereits eine entsprechende Verordnung erlassen worden sei.
Auf eine Anfrage des Abg. Fiedler (F. Vp.) betr. Erhöhung des täglichen Verpflegungsgeldes von 2 Mark für U-Boote erwidert
General von Dven: Ueber die Erhöhung der Geldabfindung zur Selbstbefähigung ist eine Entscheidung in der nächsten Zeit zu erwarten.
Abg. von Stummann (Nat.) fragt, ob der Reichskanzler dahin wirken wolle, daß die Ordnung der Thronfolgerfrage in Mecklenburg-Strelitz in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach den dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und zwar unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung des Landes.
Unterstaatssekretär Dr. Lewand: Die Thronfolgerordnung ist verfassungsmäßiges Recht der einzelnen Bundesstaaten. Die beiden Großherzoglichen Mecklenburgischen Regierungen sind gegenwärtig mit Erwägungen darüber beschäftigt, ob Herzog Karol Michael, dessen Aufenthalt in Rußland noch nicht ermittelt werden konnte, durch Verzicht sein Thronfolgerrecht verloren hat. Festgestellt ist, daß Herzog Karol Michael wenige Wochen vor Kriegsausbruch aus der mecklenburgischen Staatsangehörigkeit entlassen wurde und Aufnahme im russischen Untertanenverband fand. Er stand als russischer General gegen Deutschland im Felde. Die sich hieraus ergebenden Folgerungen werden jedenfalls zu ziehen sein.
Auf eine Anfrage des Abg. Vogtherr (U. Soz.) betr. ausnahmerechliche Behandlung der Wahlvereine der unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber anderen Parteien im Reich des 2. A. N. beantwortet
General v. Wrisberg: Im Korpsbereich des stellv. Generalkommandos des 2. A. N. sind politische Versammlungen aller Parteien ausnahmslos gestattet, wie auch das Auftreten aus-

wärtiger Redner in denselben, auch solcher der Sozialdemokraten. Verbote ist nur das Auftreten auswärtiger Personen, deren Reden beunruhigend wirken.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.) betr. Einstellung der Lieferung von reinem Buchenblättertabak an die Mannschaften im Felde erwidert
General v. Dven: Seit der Verfügung vom 13. Mai ist die Kriegstabakmischung nicht mehr an die Probantendepots geliefert worden. Sie ist bis zur Entscheidung der Erzfähigkeit der Lieferer auf Lager genommen. Ehe der Erlass überall durchgedungen ist, mögen allerdings noch manche Pakete an die Truppen ausgeliefert sein. Andere Mischungen werden bereits auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Vorläufig wird nur reiner Tabak an die Truppen geliefert.
Es folgt die erste Lesung der neuen Kriegskredite von 15 Milliarden.

Abg. Ebert (Soz.) beantragt Kommissionsberatung.
Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Graf Westarp (Konj.), Dr. Strefemann (Nat.), Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.) und Saake (U. Soz.) wird Ueberweisung an den Hauptauschuß beschlossen.
Es folgt die zweite Beratung über die Steuervorlagen.

Viersteuer und Bierzoll.
Abg. Fischer-Zustenberg (F. Vp.) erstattet den Ausschussbericht.
Abg. Kappeler (Soz.): Das Bier sollte als der beste Bundesgenosse im Kampfe gegen den Schnaps geschont werden, wird aber immer mehr als Steuerquelle benutzt. Die jegige Steuer bedeutet eine Jahresbelastung von einer Milliarde Mark und damit den Todesstoß für viele Brauer und tausende von Existenzen.
Abg. Zubeil (U. Soz.): Die für die Höhe der Steuer vorgeschlagene Skala ist zu hoch. Die Kontingentierung sollte von 10 auf 8 Jahre herabgesetzt werden.

Reichsfinanzsekretär Graf Rüdern: Ich kann erklären, daß in absehbarer Zeit an eine weitere Viersteuer nicht heranzutreten wird. Die Regierung betrachtet die Getränkesteuer als wesentlichen Teil der späteren Finanzreform, die jetzt aus praktischen Gründen vorweggenommen wird. Bei der endgültigen Finanzreform bleiben die jetzigen Steuerobjekte unberührt.
Bei § 5 wird auf Antrag Arnstadt der zweite Absatz gestrichen, wonach die Erhöhung der Steuer für neue Brauereien, die in den ersten fünf Rechnungsjahren auf das Dreifache, in den nächsten fünf Rechnungsjahren auf das Doppelte bemessen wird, keine Anwendung auf neue Brauereien finden soll, die von Gastwirten auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden. — Bei § 63 wird ein Antrag auf Beseitigung der Gemeindebiersteuer abgelehnt. — Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso das Gesetz über den Bierzoll.

Um 1.30 Uhr tritt die Mittagspause ein.
Nach der Mittagspause eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung um 3.45 Uhr.
Am Bundesratsitz: Graf Rüdern, Schiffer.
Zur Viersteuer wird nachträglich zu § 2 über den Antrag der Sozialdemokratie auf Abänderung der Steuerkala abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt.
Es folgt die Beratung der Weinsteuer.

Abg. Hoffmann-Kaiserlautern (Soz.): Wir lehnen es ab, durch eine derartige Gewaltsteuer einen ganzen Gewerbebestand zu untergraben. Auch diese Steuer fällt auf die breiten Massen zurück. Wenn die Weinpreise so außerordentlich hoch sind, so wird der Weinbauer bald seine besten Abnehmer verlieren. Wir lehnen die Weinsteuer ebenfalls ab.
Abg. Kopych (F. Vp.): Wenn die Kommission an eine 20prozentige Weinsteuer herangegangen ist, so geschah dies unter dem starken finanziellen Druck. Meine politischen Freunde stimmen in ihrer übergroßen Mehrheit einer Steuer von 20 Prozent zu.
Abg. Dr. Saech (U. Soz.): Der Wein ist bei uns in Südwestdeutschland kein Luxusgetränk, sondern ein Volksgetränk.
Reichsfinanzsekretär Graf Rüdern: Ich kann die in der Kommission abgegebenen Erklärungen nur wiederholen, daß die verbündeten Regierungen loyal zu dem zweiten Satz des § 1 stehen, wonach der Bundesrat berechtigt und auf Verlangen des Reichstages verpflichtet ist, nach Kriegsbeendigung den Steuerfuß für Wein im steuerpflichtigen Wert von nicht mehr als 2 Mk. für das Liter auf 15 vom Hundert herabzusetzen.

Abg. Zubeil (U. Soz.): Im Interesse der Süddeutschen und namentlich der Württemberger lehnen wir die Vorlage ab.
Abg. Feuerstein (Soz.): Wir haben keine Weinsteuer, sondern eine Weinumsatzsteuer in roher Form vor uns. Die Weine bis zu 4 Mk. sollten steuerfrei bleiben.
Die Vorlage wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.
Die Schaumweinsteuer wird nach ganz unerheblicher Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.
Es folgt die Steuer auf Mineralwasser und künstlich bereite Getränke, sowie die Zollerhebung auf Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Abg. Neumann-Hofer (F. V.): Das Verfahren der Kommission, die natürlichen Fruchtäfte im Gegensatz zu den künstlichen von der Besteuerung frei zu lassen, halte ich nicht für zweckmäßig. Hier wird eine neue Liebesgabe gewährt.
Abg. Zubeil (U. Soz.): Die Steuer wird hauptsächlich den Minderbemittelten und Leistungsunfähigen auferlegt.
An Antrag Neumann-Hofer (F. Vp.), die Steuerfüße die von der Kommission erhöht worden sind, im wesentlichen auf die Höhe der Regierungsvorlagen herabzusetzen und zwar für Mineralwasser von 0,065 auf 0,05, für Limonaden und andere künstliche Getränke von 0,15 auf 0,10, für konzentrierte Kunstlimonade von 1,50 Mk. auf 1 Mk. und für Grundstoffe zur Herstellung von konzentrierter Kunstlimonade von 30 auf 20 Mk. für den Liter findet durch Hammelsprung Annahme.

Die Vorlage wird im übrigen ohne wesentliche Menderung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.
Es folgt der Gesetzentwurf betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe.
Abg. Taubadel (Soz.): Die Vorlage würde nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Schwächung der Einnahmen der Reichspost führen. Die Postfreiheit der Fürsten sollte endlich beseitigt werden. Wir lehnen die Steuer ab.
Abg. Vogtherr (U. Soz.) tritt gleichfalls für die Beseitigung der fürstlichen Postrechte ein.
Die Vorlage findet unveränderte Annahme nach der Kommissionsfassung.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Reichsstempelgesetz, Wechselstempelgesetz, Kriegsabgabe, Umsatzsteuer, Steuerfluchtgesetz.
Schluß 1/8 Uhr.

General v. Wrisberg: Im Korpsbereich des stellv. Generalkommandos des 2. A. N. sind politische Versammlungen aller Parteien ausnahmslos gestattet, wie auch das Auftreten aus-

Ausland.

Der Führer der Sozialdemokratie Americas verhaftet. Nach einer Meldung des Exchangebureaus wurde in Cleveland (Ohio) Eugene Debs, der viermal der sozialistische Kandidat für die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten war, unter der Anklage der Ausweiselung verhaftet, und zwar wegen einer Rede, die er am 16. Juni gehalten hat.

Die „Frff. Ztg.“ bemerkt zu dieser Nachricht: Daß der in allen Schichten des Sozialismus angehebenste Parteiführer eine Agitation betreibt, die ihn der Verhaftung aussetzt, ist einigermaßen bezeichnend für die Ausdehnung und Kraft des Widerstandes, der Herrn Wilsons Kriegspolitik immer noch entgegengekehrt wird; bezeichnend aber auch für den Terrorismus, dem die öffentliche Meinung des angeblich freien aller Völker unter seiner gegenwärtigen „demokratischen“ Regierung unterworfen ist. Eugene Debs ist immer einer der maßvollsten Vertreter der Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten gewesen; anglo-amerikanischer Abstammung, ursprünglich Lokomotivheizer, seit 1880 Gewerkschaftsbeamter und seit langem Führer der organisierten Eisenbahner. Nun scheint er das erste hervorragende Opfer des neuen Aufbruches zu werden.

Brutale Verurteilung von Russen in Paris. Zwei russische Arbeiter, Olofjento und Sjedles, wurden wegen der Opfer des französischen Chauvinismus. Die gegen sie gefällten Urteile sind schlagende Beweise der Kraflosigkeit und der Wahnsinnigkeit der französischen Militärgerichte. Der Tatbestand war — laut „Humanité“ vom 22. Juni — folgender: Olofjento und Sjedles sind Zuspätkommer in einer Werkstätte am Boulevard des Capucines. Der erstere sagte: „Es ist wirklich Frankreich, das den Krieg erklarte.“ Der andere behauptete in einem Gespräch: „Die Alliierten taugen nichts.“ Beide wurden angezeigt und unter Anklage gestellt. In erster Instanz wurden sie zu einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen resp. 2 Wochen verurteilt. Die Anklagebehörde legte Berufung ein und die Sache kam am 21. Juni vor dem 4. Pariser Kriegsgericht zur Verhandlung, wobei folgende brutale Urteile gefällt wurden: Olofjento wurde zu 5 Jahren Gefängnis und 5000 Franken Geldstrafe, Sjedles zu 2 Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt.

Der Hunger in Deutschböhmen. Der Landesvertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, Reichstagsabgeordneter Benesse Seliger hat an den Ministerpräsidenten v. Seidler folgendes Telegramm gerichtet: „Informationen aus allen Industriebezirken Deutschböhmens ergeben, daß schon nächste Woche in ganz Deutschböhmen weder Brot noch Mehl oder Kartoffeln vorhanden sein werden. Zusätze von Mahlprodukten und Kartoffeln erfolgen von der Prager Kriegsgetreide-Zweigstelle mangels Vorräten nicht mehr. Nicht einmal Kriegsküchen können halbwegs entsprechend versorgt werden. Ernährung der Nichtkulturbewohner in Deutschböhmen daher aufs bedrohlichste gefährdet.“

Im Namen der Arbeiterschaft ersuche ich eindringlich um gleiche Berücksichtigung Deutschböhmens aus deutschen und ungarischen Ausfällen, auf die unsere Bevölkerung mit gleichem Recht auf Leen Anspruch erhebt.“

Die „Schleichhandels“preise sind innerhalb 4 Wochen für ein Brot von 2 1/2 Kilogramm von 27 auf 40 Kronen gestiegen, für 1 Kilogramm Weizenmehl von 12 auf 22 Kronen; es kosteten Anfang Juni ein Kilogramm Kartoffeln 2,70 Kronen, ein Kilogramm Weizen 12 Kronen, Roggen 11 Kronen, Gerste 9 Kronen, Graupen 15 Kronen, Maisgries 13 Kronen, Kleie 6 Kronen.

Deutsches Reich.

Für die Erhöhung der Kriegskrenten.

Der Militärausschuß verabschiedete am Freitag nach kurzer Aussprache diesen Gesetzentwurf, wobei von Seiten der Regierung erklärt wurde, daß die Kapitalabfindung den Witwen bei Wiederverheiratung jetzt schon möglich ist. Das Kapitalabfindungsgezet wird nunmehr auch auf die Teilnehmer von früheren Kriegen ausgedehnt. — Von allen Seiten wurde bei dieser Gelegenheit gefordert, daß die neuen Verordnungsgezetze dem Reichstag bei seinem Wiederauftritt vorgelegt werden müßten. — Dieser Wunsch kam in der einstimmigen Annahme einer sozialdemokratischen Resolution zum Ausdruck, die lautet:

1. Dem Reichstag noch im Laufe dieses Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine allgemeine Revision des Mannschaftsversorgungsgesetzes und Hinterbliebenengesetzes, durch die insbesondere die Bezüge der Kriegsbekämpften und der Kriegshinterbliebenen sowie der Rechtsweisen in Frage kommen, herbeigeführt wird;

2. daß bis zur gesetzlichen Neuregelung zu den bisherigen Bezügen für Kriegsbekämpfte und Hinterbliebene Zuschläge von 100 Prozent der Rente festgesetzt werden.

Der Ausschuß wandte sich dann der Beratung des Entwurfs eines Kapitalabfindungsgesetzes für Offiziere zu, das dem gleichen Gesetz für die Mannschaften nachgebildet ist. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Abfindung nicht auf Lebenszeit, sondern auf zehn Jahre erfolgt und daß die Verrentungszulage nur mit zwei Drittel angerechnet wird. — Von nationalliberaler Seite wurde beantragt, die ganze Verrentungszulage zu kapitalisieren. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen angenommen. Der Rest des Gesetzes wurde unverändert angenommen.

Keine Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters. Aus Berlin wird gemeldet: Das wiederholt aufgetauchte Gerücht, das wehrpflichtige Alter werde auf 50 Jahre herabgesetzt werden, entbehrt jeder Begründung.

Aus aller Welt.

„Für extra Einladungen.“ Aus der Hofhaltung einer Prinzessin stammt folgender Brief an einen Münchener Metzgermeister:

„Sehr geehrter Herr! Werde Ihnen die uns extra zugewiesenen fünf Pfund Fleisch, die wir für die extra Einladungen wöchentlich erhalten, wegen der Marktabrechnung von jetzt ab bei Ihnen ganz nehmen.“ München, 1. Juni 1918.

Godachtungsvoll K. K. Hoffmenschel.

Die „Münchener Post“ bemerkt dazu: „Wer hat dieser Hofhaltung für ihre „extra Einladungen“ wöchentlich fünf Pfund Fleisch extra zugewiesen? Darüber erbitten wir uns ebenso höflich als bestimmt eine unabweisende Antwort.“

Ja, da wird das neugierige Blatt wohl lange warten können!

Agrarische Verbrüderung. Die Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsraates reisen in diesen Tagen nach den baltischen Provinzen, um den dortigen Agrariern einen Besuch abzustatten. Die Reise erfolgt mit Unterstützung der Militärverwaltung, die es beabsichtigt nicht gestattet, daß deutsche Reichstagsabgeordnete diese Gebiete bereisen, um sich durch persönliche Fühlungnahme ein Bild von den dortigen Verhältnissen zu machen.

Politische Verzweiflung. Der Vorstand des Verbandes Westmark der Deutschösterreichischen Partei veröffentlicht eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: „Weißt der Staatssekretär v. Rühlmann nach allem was vorgefallen ist, triumphiert das bisherige System, so werden weite Kreise unseres Volkes der politischen Verzweiflung in die Arme getrieben. Es gilt den Glauben an den vollen Endsieg und an die hellere Zukunft, der keine weiteren Erschütterungen durch Reichsbeamte erträgt, aufrechtzuerhalten; mögen daher die berufenen Stellen das Ohr des Monarchen finden, damit im Falle Rühlmann geschickt, was nicht länger umgehen bleiben darf.“ Nun wissen sie es, die berufenen Stellen!

Vorschüsse für Staatsbeamte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie in den früheren Jahren, sind durch Anordnung des Reichszanklers und durch gemeinschaftlichen Erlass der königlich preussischen Minister der Finanzen und des Innern die Behörden auch in diesem Jahre ermächtigt worden, den Reichs- und preussischen Staatsbeamten und den im Reichs- oder Staatsdienste ständig beschäftigten Lohnangehörten und Arbeitern zum Einkauf von Wintervorräten an Heizmaterial, Kartoffeln, Gemüse und Obst unverzinsliche Gehalts- oder Lohnvorschüsse zu gewähren. Die Vorschüsse sollen lediglich zur Eindeckung eines Vorrats für den kommenden Winter, aber nicht zur Beschaffung des augenblicklichen Bedarfs dienen. Die Rückzahlung der Vorschüsse soll den wirtschaftlichen Verhältnissen der Beamten usw. angepaßt und so bemessen werden, daß der Vorschuß bis zum Ablauf des Zeitraums getilgt wird, für den die Vorräte beschafft sind. Die beantragten Vorschüsse sollen im allgemeinen nur gegen Vorlegung der Rechnungen gewährt werden; wo indessen ihre Verbringung auf Schwierigkeiten stößt, kann von der Vorlage abgesehen werden, sofern der Antragsteller den Einkauf auf andere Weise glaubhaft macht.

Einen Vorschlag zur Güte macht in der „Welt am Montag“ ihr bekannter sächsischer Mitarbeiter Dr. Froh. Er schlägt vor, die deutsche Vaterlandspartei möge ihr Programm mit folgenden Sätzen beginnen lassen:

„Mitglied der Vaterlandspartei kann jeder Deutsche werden, der sich verpflichtet, solange seine Brüder kämpfen und entbehren, keinen Gewinn aus dem Kriege zu ziehen und keinesfalls besser zu leben als jeder Deutsche, der für seine Ernährung lediglich auf die Nahrungsmittel angewiesen ist, die ihm durch Karte zuteil werden und den minderbemittelten Klassen zugänglich sind.“

Ich bin überzeugt, das wäre eine glänzende Propaganda für die Partei; das würde viel mehr ziehen, als selbst die schwungvollste Rede, die Tirpitz halten kann, mehr als Millionen gedruckter Blätter voll hochtrabender Redensarten; mehr als Goldigungstelegramme und hunderte Antworten; mehr als Namenammlung durch Vorgesetzte; kurz, mehr als jedes Mittel, das den Stiefel auf Sohlenglanz bringt, ohne ihn doch für den gemeinen Mann passend zu machen. Und diese ausgezeichnete Propaganda ist doch so einfach: sie verlangt von den Mitgliedern der Vaterlandspartei nur das Bißchen, was sie täglich von Millionen, die lange nicht so tüchtig und überzeugt sind, wie sie selbst, als ganz selbstverständlich andlich voraussetzt!

So Dr. Froh. Wir fürchten freilich, daß dann die Vaterlandspartei bald ohne Mitglieder sein würde.

für unsere Soldaten.

Die Löhnungszuschüsse für die Familien der Gehalt und Lösung empfangenden Unteroffiziere des Friedensstandes werden mit Wirkung vom 1. April an auf folgende Höhe erhöht: Familien bei gemeinsamer Haushaltsführung ohne Kinder 1,30 bis 1,50 Mk., mit einem Kind 1,85 bis 2,10 Mk., mit zwei Kindern 2,45 bis 2,75 Mk., für jedes weitere Kind mehr 70 Pfg.; Familien bei getrennter Haushaltsführung ohne Kinder 2,15 bis 2,40 Mk., mit einem Kind 2,70 bis 3 Mk., mit zwei Kindern 3,30 bis 3,65 Mk.; für ein jedes weitere Kind mehr 70 Pfg.

Gewerkschaftliches.

Forderungen der Bergarbeiter. Die vier Bergarbeiterverbände haben auf einer gemeinsamen Konferenz eine Eingabe an den Bundesverband beschlossen, in der daraus notwendig folgenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung Lohnerhöhung gefordert wird und zwar für Hauer und Lehrhauer ein Durchschnittslohn von 15 Mark für die Schicht, ausschließlich Kindergehalt und Feuerungszulagen, für erwachsene männliche Arbeiter eine Lohn-erhöhung von mindestens 2 Mark für eine Schicht, für weibliche und jugendliche Arbeiter eine solche von einer Mark, sowie eine Verdoppelung des Kindergebeldes. Gleichzeitig haben die Bergarbeiterverbände wegen der angeführten Preissteigerung für Getreide und Mehl, wegen Herabsetzung der Protraction, wegen des Widerstandes gegen das gleiche Wahlrecht und wegen der Haltung der Regierung in Sache der A-beitskammern beim Reichszankler um eine Unterredung nachgesucht.

Baden.

Verstärkte Bestimmungen in der Badischen Obsterziehung. Die Bad. Obsterziehung erläßt sieben neue Anordnungen, die eine Verstärkung der bisherigen Bestimmungen bedeuten und denen wir folgendes entnehmen: In den Erzeugergemeinden ist der Abfuhr von Obst an Ortsfremde und der Verkauf durch solche in Mengen von mehr als zwei Pfund verboten und der Verkauf durch solche nur dann zulässig, wenn die Verwendung in eigenen Haushalten des Erzeugers erfolgt. Diese Bestimmung soll verhindern, daß die Eintröblichkeit der Erzeugergemeinde und darin gelegene ortverbliebene Betriebe das Obstergebnis zu gewerblichen Zwecken auf-

kaufen und der geordneten Obsterziehung entziehen. Personen, welche Obst zu sofortigem Verzehr aufkaufen und dann noch einen Mundvorrat bis zu zwei Pfund mitnehmen, bleibt der wiederholte Ankauf der bezeichneten Menge unbenommen.

Auch der Verkauf und Erwerb von Obst auf dem Baum im Falle der Obsterziehung ist nunmehr untersagt. Dabei trifft die Bestimmung, daß der Eigentümer selbstgeerntetes Obst daselbst mit dem Erlaubnis der badischen Obsterziehung an seinen Ort lassen darf, beim Erwerb von Obst auf dem Baum nicht. Wer sein selbstgeerntetes Obst auf dem Baum abgeben will, bleibt es unbenommen, daselbst der badischen Obsterziehung anzubieten. Eine weitere Bestimmung der neuen Verordnung bezieht sich auf die Ausstellung von Zulassungen für einen der Selbstzeuger und Selbstsammler zum Verkauf. Künftig dürfen diese Zulassungen nicht von der Ortsbehörde des Marktbefuchers, sondern nur von der dafür bestimmten Behörde des Marktortes ausgestellt werden. Die neuen Bestimmungen sind bereits in Kraft getreten.

Freireligiöse Landesgemeinde. Am vergangenen Sonntag, den 7. Juli tagte in Karlsruhe eine Landesversammlung „Freireligiöser Gemeinde Badens“. Diefelbe war von mehreren Gemeinden gut besucht. Beschlossen wurde, eine Landesgemeinde der Freireligiösen Badens zu gründen. Eine entsprechende Verfassung wurde beraten und ein Landesvorstand bestehend aus 5 Mitgliedern und 2 Ersatzleuten gewählt.

* Mannheim, 9. Juli. Beim Baden im Rhein ist ein 21-jähriger Schiffsheizer und beim Baden im Neckar ein 11-jähriger Volksschüler, Sohn des Feldwebels Gustav Wegand, ertrunken. * Osnabrück, 9. Juli. Wegen Hamstern wurde ein Kumpel im Hammerbachtal ausgeweißt.

* Lehr, 9. Juli. Im Sägewerk von Albert Meßler wurden drei wertvolle lederne Treibriemen gestohlen.

Oberhauptsheim bei Lehr, 9. Juli. Wie vor einigen Wochen gemeldet worden war, hatte ein Soldat einer hiesigen Witwe, ihn zur Arbeitsleistung eingestellt hatte, Speck, Schinken, Fleisch und einen neuen Anzug gestohlen, hatte den Wert der Bestohlenen mit einer Kuh bespart, das Viehesgut darauf geladen und war davon gegangen. Das Viehesgut hatte sich inzwischen gefunden und jetzt ist es auch gelungen, den Dieb zu fassen. Speck und Schinken hatte er in Karlsruhe für 400 Mark verkauft. Es soll sich um einen fahnenflüchtigen Hamburg-Handel.

Mithilfe der Schüler beim Beeren sammeln. Da die Ausfälle auf die diesjährige Obsternte im allgemeinen wenig günstig sind, muß in weitgehendstem Maße die Waldbeerenerte erhöht werden. Das Einammeln der Waldbeeren kann nun in zweifelhafte Weise durch Schullinder unter Aufsicht der Lehrerbücherei werden und das Unterrichtsministerium hat die Lehrer und Lehrereinen der Volksschule ermächtigt, z. B. der Beerenerte Beeren sammeltage einzurichten, an denen der Unterricht freigegeben werden kann. Die Verwendung von Rämmen zum Aufheben der Beeren ist bei der Vorlese unzulässig, dagegen können bei der Kollekte Rämme benutzt werden. Die gesammelten Beeren müssen an die Sammelstelle der Obsterziehung abgeliefert werden und die Tätigkeit der Sammler wird nach für die Beeren festgesetzten Preisen vergütet. In allererster Linie kommt das Sammeln der Heidelbeeren in Frage.

Aus der Partei.

r. Durlach, 7. Juli. Die letzten Samstag im Gasthaus „Schwan“ stattgefundene Versammlung des sozialdemokratischen Vereins befaßte sich in erster Linie mit der Abrechnung von 4. Quartal 1917/18, dann mit der Jahresabrechnung für das Geschäftsjahr 1917/18 und in Verbindung damit mit der Abrechnung für das 1. Quartal 1918/19. Sämtliche Abrechnungen wurden einstimmig entgegengenommen. Hierauf behandelte Genosse Weber die Tagesordnung der am 14. Juli im „Lamm“ stattfindenden Wahlkreis-Konferenz, sowie derjenigen des bad. Parteitag. Der Redner empfiehlt den Parteigenossen, dem Antrag des Parteivorsitzes bezugl. des Landesvorstandes betr. der Erhöhung der Beiträge zuzustimmen, und zwar für männliche Mitglieder pro Woche auf 15 Pfennig und für weibliche auf 10 Pfg. pro Woche; dagegen ist der Redner der Meinung, daß der Vorschlag des Landesvorstandes betr. die Verteilung der Beiträge abzulehnen, dafür aber dem Antrag Karlsruhe beizutreten sei, um dadurch zu ermöglichen, daß die Orts- und Kreisvereine, denen für die Zukunft jedenfalls eine weit größere Aufgabe in der Agitation zufallen wird, mehr Mittel in die Hand zu geben. Ferner ist der Redner der Meinung, daß einer der Organisation innerhalb der Partei in Baden näher zu treten sei. Die Forderung eines Teils der Parteigenossen, die Ernährungsfragen als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, hält der Redner nicht für absolut notwendig, weil ja in dem Bericht des Genossen Strobel über die Tätigkeit des bad. Landtags die Frage ohnehin einen breiten Raum einnehmen wird. Redner nahm dann auch noch Stellung zu dem Antrag der Wahlkreis-Konferenz des 11. bad. Reichstagswahlkreises betr. die Aufstellung der Kandidaten für die nächste Landtagswahl, und kommt zu dem Schluß, daß dieser Antrag in allen seinen Teilen abzulehnen sei, weil er jedes demokratische Gefühl vermissen lasse, und weil durch seine Verwirklichung die Freudigkeit an der Wahlarbeit bei jenen Parteigenossen, denen etwa ein Kandidat gegen ihren Willen aufzuzwingen würde, jedenfalls ganz erheblich herabgemindert würde, die Folge würde sein, daß wir eher Mandate verlieren als gewinnen würden. Redner ist der Meinung, daß der seitberichtig Modus beibehalten werden solle, wonach in erster Linie die Genossen im Kreis im Verein mit dem Landesvorstand drei Kandidaten aufstellen, und die Kandidatenliste jeweils vom bad. Parteitag genehmigt werden muß.

In der Diskussion, an der sich die Genossen Horst, Boppert, Schuder und die Genossin Knecht sowie noch einige weitere Genossen beteiligten, wurde den Ausführungen des Genossen Weber in vollem Umfang zugestimmt. Als Delegierter für die Wahlkreis-Konferenz wurden die Genossen Boppert und Schuder sowie die Genossin Knecht und als Delegierter für den bad. Parteitag der Genosse Christian Schuder gewählt. Gegen 11 Uhr folgte Schluß der sehr gut verlaufenen Versammlung.

Heidelbeeren

ausführenden

den letzten

entlangung

des Stadtrats

Lehrer, An

Endlich beje

Kudach

Die er

ten Stadtr

Dr. K u e

Unternehme

gen. Er füh

und Heberg

eine angene

rende Ra

Arbeit des

heische, da

geheigt we

hängegemei

Reichs (in

Staates un

einereits d

gen bleiben

Beidrückun

Witlen zum

meistens m

in Mannhei

ten, Verbra

znangriffna

Zurück

tigkeit der

1918 über

schädigung

Arbeiterinn

Ernährungs

1918 S. 18

Das Reich

schädigung,

Betriebe de

werden, me

insolge un

feiern gewi

der Unterne

fraglichen

Stellungs

keit vertre

teitlich bin

Arbeitgeber

einer zwing

werden, da

stimmungen

nehmer zu

Durchführu

darf somit

sehlischen

ordnung

folge Rohle

die volle A

wahren, er

* Wohn

des Auschu

Montag im

fenen auch

Wohnungsm

brauchlicher

J

Theat

Im Kon

wig junge

Abwechslun

gen. Diefes

stelle Wert

Musik, seiner

so recht erpe

unsere Opern

Erbschneider

Meistern Str

wir hoffentlich

Angehörig

Verstellungen

schleht bejud

zu sein und

prüfung der

nach Jederm

Gallerie oder

dabei bei der

von den Büh

Stino für bill

auch kein Ver

es ist unmögl

last zwischen

sich einstellen

Wend vollstän

zung einer

recht gute Lei

brachten, dem

sonst gewohnt

recht Kamme

wandt und el

Die Anstalt

Kommunalpolitik.

Heidelberg, 7. Juli. In seiner letzten Sitzung hat der Bürger...

Die Erstellung von Kleinwohnungen in Baden. In der letzten...

Soziale Rundschau.

Entschädigung für Feuertschäden.

Durch Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 1918 ist die Gültigkeit...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 10. Juli.

* Wohnungsnot und Mietsteigerungen. In der Sitzung...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

„Die Fledermaus“.

Im Konzerthaus brachte Montag Abend die unverwundliche...

Mietsteigerungen mit einer einheitlichen Aktion des Grund- und Hausbesitzervereins...

Der Verkauf von Pferdefleisch. Nach einer neuen Bestimmung...

Die Schuhverfälschung. Die Reichsstelle für Schuhverfälschung...

Ehrenurkunden an Arbeitnehmer. Der Gewerbeverein Karlsruhe...

Fenster verdunkeln! Von zuständiger Seite wird uns geschrieben...

Wohltätigkeitsveranstaltung. Wie in früheren Jahren fand gestern...

Russen in Karlsruhe. Am die Mittagsstunde kamen gestern...

Kurkur-Ausstellung. Wegen Behinderung der Vortragenden...

Luxusluftspiele, Kaiserstraße 168 (Lutz). In dem neuen Programm...

Reisens-Theater, Waldstraße, zeigt im Programm vom Mittwoch...

Letzte Nachrichten.

Das deutsch-österreichische Wirtschaftsabkommen.

Wien, 9. Juli. Zu den heute beginnenden deutsch-österreichischen...

Briefkasten der Redaktion.

R. 5. Das Recht dieser Kontrolle hat der Kompagnieführer.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,30 Meter; Rehl 3,16 Meter, gef. 6 Zentimeter;

Berichtswortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Adel;

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 17. Juli 1918, vorm. von 9 Uhr an...

Öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder.

Nr. 14944 bis mit Nr. 16217 gegen Vorzahlung statt.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstage.

und am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.

Modellschreiner u. Holzdreher.

zum sofortigen Eintritt gesucht

Maschinenbau-Gesellschaft.

Karlsruhe (Baden).

Bringe mein reichhaltiges Lager in gebrauchten und neuen

Möbeln

als Betten, Schränke, Kommoden, Tischen, Stühlen usw., sowie

sonstiger Haushaltsgegenstände in empfehlende Erinnerung.

Die gebrauchten zum Verkauf gestellten Möbel und Einrichtungsgegenstände sind

zum Teil aufgearbeitet und werden zu billigen Preisen abgegeben.

J. Rabold, Marienstr. 31. Laden: Schützenstr. 52.

Zum sofortigen Eintritt gesucht 4104

tüchtige

Maschinenschlosser

und ein

Meister

für Tagelöhner

Gebüderkahn, Karlsruhe.

Durlacher Allee 65.

Stärke

- Leib - Hauswäsche

besorgt fortwährend
(jetzt wieder mit kurzer Lieferfrist)
Dampfwaschanstalt Schorpp
Fernsprecher 725
Versand nach auswärts unt. Nachnahme.

Annahmestellen:
Karlsruhe: Kaiser-Allee 37 (Anstalt), Rheinstr. 18, Gabelsbergerstr. 1, Schillerstr. 32, Kaiserstr. 34, 94, 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Jollystr. 1 (Hirschbrücke), Wilhelmstr. 32, Ludwig-Wilhelmstr. 5, Gerwigstrasse 46;
Durlach: Hauptstrasse 15;
Rastatt: Poststrasse 6;
Bruchsal: Wörthstrasse 6;
B.-Baden: Langestrasse 38,

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 10. Juli 1918, 8 Uhr

Die lustige Witwe.

Lüchtige HeizungsMonteure

im bad. Schwarzwald sofort gesucht. Offerten sind zu richten an
Dipl.-Ing. Mayer, Donaueschingen.

LU LI
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Die höchste Infanz
Drama in 4 Akten. — In der Hauptrolle:
Ingeborg Spangsfeld.

Albert u. der falsche Max
Lustspiel in 1 Akt mit **Albert Paulig.**

Pinselputzi stiftet Unheil und eine Ehe
Komödie in 1 Akt mit **Lena Amsel.**

Beim Johannesfall in den Radstättertauern im Winter
Naturaufnahme. 4095

Anfang tägl. 3 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Weißer Käse.
Verkauf von weichem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 288 bis 291 einschließlich, von Mittwoch, den 10. Juli bis Freitag den 12. Juli 1918 einschließlich an die eingetragene Kundenschaft gegen die Lebensmittelkarte J Nr. 89.
Die Kopfmilch beträgt 1/4 Pf. Preis 1 Mark für das Pfund.
Karlsruhe, den 9. Juli 1918.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Milchküche des Bad. Frauenvereins
(Abteilung VI)
Eingang Schwannstraße 8. (unter ärztlicher Aufsicht)
Liefert an Demittelte und Unbemittelte
trinkfertige Säuglingsnahrung
nach ärztlicher Verordnung.

Die Einrichtungen der Milchküche garantieren eine einwandfreie Beschaffenheit und Zubereitung der Rohmaterialien, die ärztlichen Bestimmungen eine zweckmäßige Zusammenfassung der trinkfertigen Portionen.
Die Bestimmungen werden durch einen Privatarzt, bei Unbemittelten durch die Ärzte der Militärberatungsstellen des Badischen Frauenvereins ausgeführt.
Bei der derzeitigen schwierigen Beschaffung einwandfreier Kindermilch wird allen Müttern dringend geraten, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. 4029

Der Badische Frauenverein (Abt. VI).

Papier.
Wir kaufen jede Menge alles Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.
A. Braun & Co.

Strümpfe
aller Art, auch abgelaufene, werden billig besetzt aus mitzubringendem Material. Auswärts Postversand. 3936
Strumpfnäherei Karlsruhe,
Waldhornstr. 21 Posthaus, linker Seitenbau, 1 Treppe.

Gesucht
Lüchtige Stenotypistinnen
Eintritt sofort oder später. 4046
Städt. Arbeitsamt
Stellennachweis
für Hausleute, Techniker und Büroangestellte.
Weibliche Abteilung. — Bäckerstr. 100H.

Schlosser,
garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sofort gesucht.
Angebote unter Chiffre G. 1668 an die Expedition.

Militär-Urlauber
finden fortwährend Beschäftigung
auf meinem Holzlagerplatz, Schlachthoffstr. 5.
Carl Finkelstein
Holz- und Kohlenhandlung. 4039

Sleißige Frauen
als Hilfsarbeiterinnen für leichte
Maschinenarbeit gesucht. 4101
Peter Valm, Durlacher Allee Nr. 43.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
Telefon 1846.

Blusen
Röcke
Mäntel
Jacken
Seidenkleider 3974
Keine Ladenspesen.

Auskunft umsonst, bei Schwerhörigkeit
Ohrgesundheit nerv. Ohrschmerz über uns. tausendfach bewährten Hörtrömmeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Aerztlich empfohlen. Glanz. Anerk. Sanis
Versand München 26 b. 8443

Achtung! Umzüge
mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geübten Lenten gut und billig ausgeführt.
Räderes Adam Weile, Güthestr. 21, 4. Et.

GALERIE MOOS
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 187.
— Juli 1918 —
Gemälde-Sonder-Ausstellung
Erwin Pfefferle
Werktags: 9-6 Uhr
Sonntags: 11-1
Eintritt 50 Pfg.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas,
laut 3698
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Marktgrabenstraße 22.

100 Postkarten
2, 3, 4 M. Blum-, Kopf-, Landschaft-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M. Prachtsortiment Mk. 7.50.
P. Wagenknecht-Verlag, Leipzig.

Eine Frau
zum Waschen und Putzen für wöchentlich 1-2 Tage gesucht.
Frau Wilh. Stober,
Rippenerstraße 13, 1.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen. Ferdinand Sackbacher von Chemnitz, Arbeiter hier, mit Anna Schuler von Sulgen. Franz Nüsse von Bödingen, Monteur hier, mit Frieda Koch, Witwe, von Wülfrich Franz Maier von Rastatt, Schlosser hier, mit Anna Speck von hier. Heinrich Wolf von Rälbertharfen, Kaufmann in Homberg a. M., mit Frieda Müller von Teufelsbrunn; Oskar Reuter von hier, Kaufmann hier, mit Luise Maria Hieronim von Pfaffenheim. Erich Walter Nüsse von Mandelstern, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Elise Hense von hier. Heinrich Nüsse von Hebenheim, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Früh von Badg.
Geburten. Karl, B. August Weisach, Eisenbahnschreiber. Maria, B. Richard Braun, Schlosser. Wilhelm Josef, B. Franz Bögele, Kangleigehilfe. Hildegard Klara, B. Otto Keppe, Gr. Betriebsinspektor.
Todesfälle. Karoline Waidner, 48 J. alt, Ehefrau von Karl Waidner, Polizeidiener. Marie Fuller, 48 J. alt, Ehefrau von Karl Fuller, Wiedner und Installateur. Erhard Krämer, Baup Zeichner, 20 J. alt. Johann Georg Seufert, Kaufmann, Ehemann, 77 J. alt. Engelhard Steinbach, Maurer, Ehemann, 67 J. alt. Karl Matheis, Werkführer, Ehemann, 39 J. alt.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
Geburten. Rosa, B. August Kammerer, Landwirt. Kurt, B. Heinrich Jakob Kleiber, Maschinenschlosser. Arthur, B. Wilhelm Friedrich Weiler, Fabrikarbeiter. Emilie, B. Rudolf Wilhelm Koller, Mechaniker. Elisabeth Maria, B. Alfred Paul Sobel, Apotheker. Johanna Maria, B. Bernhard Brudler, Schlosser. Kurt Wilhelm, B. Ludwig Wilhelm Weingärtner, Zimmermann. Amalie, B. Karl Frey, Speibauer. Kurt Moys, B. Johann Adam Maier, Steuerassistent. Heinrich, B. Walter Schneider, Automobilbediener. Johanna Hermine, B. Rudw. Frdr. Deel, Tagelöhner.
Eheschließungen. Paul Lederle, Chemiker, und Luise Stadl, Franz Anton Beck, beide Kaufmann in Freiburg und Rosa Katharina Diehlmann hier. Karl Schmidt, Fabrikarbeiter in Langensteinbach, und Olga Stadl hier. Albert Anton Schäfer, Bautechniker, und Verta Malmsheimer, beide in Karlsruhe. Albert Walter, Waffelbäcker in Strassburg, und Luise Ernst hier. Heinrich Karl Theurer, Maschinenschlosser und Karoline Magdalena Katharine Kleiber.
Sterbefälle. Ernst Konrad Theodor, 3 J. alt, B. Ernd Theodor Brog, Kaufmann. Wilhelm Bortisch, Fabrikarbeiter, ledig, Musikf. 18 J. alt. Max Karl Meier, Landwirt, ledig, Schiffe, 20 J. alt. Weiermann Friedrich Karl, Gerber, ledig, Musikf. 21 J. alt. August Friedrich Mäule, ledig, Hüßdreher, Kanonier, 18 J. alt. Emma Volke, ledig, Köchin 60 J. alt. Otto Heide, ledig, Dreher, Musikf. 19 J. alt. Adolf Leib, Kaufmann, Ehemann, Landsturmman, 39 J. alt. Wilhelmine Autenrieth, geb. von Müller, Witwe des Privatlehrers Otto Autenrieth, 65 J. alt. Ludwig Rohrer, Postkassener, Ehemann, Landsturmman, 37 J. alt. Rosine Friederike Hartwig, geb. Dengler, Ehefrau des Gaswerksarbeiters Karl Hermann Hartwig, 58 J. alt. Gustav Adolf Schwarz, Maurer, Ehemann, Er. Meis., 31 J. alt. Otto Wilhelm Friedrich Stolz, ledig, Schiefer, Musikf. 20 J. alt. Leonhard Friedrich Dengler, Witwer, Fabrikarbeiter, 70 1/2 J. alt. Erna Erta, 4 Monate alt, B. Willi August Thiel, Hüßarbeiter. Luise Katharine Friederike Dengler, geb. Schmidt, Witwe des Bahnarbeiters Johann Friedrich Dengler, 65 1/2 J. alt. Hermann Bull, Hafner, ledig, Kanonier, 19 J. alt. Karl Rudolf Burckhardt, ledig, Student der Mathematik, Kanonier, 19 J. alt. Gustav Dürr, ledig, Schlosser, Luftschiffer, 24 J. alt. Johann Karl Friedrich Schlegelweil, Zimmermann, Ehemann, 80 1/2 J. alt.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Ab heute!
Wanda Treumann
in ihrem neuen Film
Im Schloss am See
Schauspiel in 4 Akten. 4102

Liebe und Alkohol
Lustspiel in 3 Akten.
In den Hauptrollen:
Manny Ziener und Rolf Brunner.
Die neuesten Kriegsberichte.
Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Residenz-Theater
Waldstrasse
Mittwoch bis einschl. Freitag.

Poldi Müller
in dem Filmspiel
Das Glück der schönen Creszenz.
4 Akte. 4096

Nudelmeiers Leibarzt
Lustspiel in 2 Akten.
Dargestellt von dem Kleeblatt
Petri — Peukert — Paulmüller.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Bezugspreis
1.10 M., 1/2 J.
Moll 1.24 M.

Ki
Aus B.
Währe
erste Selun
fam die M
der Gesan
Nachfolger
eigenes m
trafischen
den Haupt
lichen Par
ten. In v
auschließ
rum die d
beiprochen
schon vorz
Das Ja
diesen Fal
samten au
und seit A
ette v
die nur g
wurde. C
Gern v. S
Formulier
aber doch
Frucht nid
handlung
ständigung
lichten Au
licher Feh
vom 24. J
vorläufig
punkt erre
Der M
Staatsfret
gen Welt n
freundliche
pflichtet, d
nicht vern
Herling e
tariat des
treten wer
Vertrennu
Big geme
ständeskol
Das
schen Fr
niema!
Die sozial
fang an de
indem sie
Bizekanzer
for. Geut
nung, Herr
wirken, ge
der ehlich
er war abe
lein oder
Mächte. C
Verantwor
Mit niede
Sturze J
Ueber
Nachfolger
jomeit Lieb
Mann erbi
anzupassen
in Schinn
nicht ihr
nismäßig g
und was er
Maße dara
Kühmanns
anderes gel
Frieden zu
Der ganze
sonenwech
Charakter
mächtig
Genosse
letzen Red
zur Regier
zu bewillig
tauen der
ist nur geei
zu verhöch
Anlag gene
teiner A b
von der gr
nung beim
lenndris zu
natürlich u